

IHK Lippe zu DetmoldRenate Dahmen
Leonardo-da-Vinci-Weg 2
32760 Detmold
Tel. 05231 7601-23
dahmen@detmold.ihk.de

PRESSEMITTEILUNG

Datum: 23.03.2016

Nr. 36/2016

Neuer Bundesverkehrswegeplan vorgelegt IHK Lippe sieht Chance aber auch Versäumnisse

Die lippische Wirtschaft begrüßt mit Blick auf die hiesige Region in weiten Teilen den am 16. März 2016 von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP). Aus aktuellem Anlass hat sich die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold (IHK Lippe) in ihrer Sitzung mit der Thematik befasst. Sie zeigte sich erfreut, dass wichtige Projekte etwa entlang der Bundesstraßen 1, 238 und 239 im vordringlichen Bedarf aufgeführt werden. „Damit wird ein klares Signal für die Straßeninfrastruktur und dessen hohe Bedeutung für das Funktionieren des Wirtschaftsstandorts Lippe gesetzt“, zeigt sich IHK-Präsident Ernst-Michael Hasse überzeugt. Im Falle einer baldigen Umsetzung könne dadurch die Leistungsfähigkeit dieser für Lippe zentralen Straßenachsen verbessert werden. Er fordert alle Beteiligten auf, sich für eine zügige Umsetzung der geplanten Maßnahmen einzusetzen.

Die IHK kritisiert aber auch, dass wichtige Maßnahmen etwa entlang der Bundesstraße 66 fehlen. „Sowohl die

Ortsumgehung Oerlinghausen/Helpup als auch jene um Lage/Kachtenhausen ist nicht im BVWP aufgenommen worden“, macht Hasse seine Enttäuschung deutlich. Sachlich sei das nicht nachvollziehbar. Was nütze es, wenn entlang der Bundesstraße 66 der Ausbau einzelner Teilstücke, wie der planfestgestellte Bereich in Leopoldshöhe/ Asemissen, vorangetrieben würden und im gleichen Atemzug anschließende Teilstücke wie die beiden Ortsumgehungen im BVWP fehlten. Ähnlich verhält es sich auch mit der Bundesstraße 239. Während die Teilprojekte zwischen A2 und der Stadt Lage im BVWP im Vordringlichen Bedarf aufgeführt werden, bleiben die anschließenden Ortsumgehungen um Detmold und Horn-Bad Meinberg außen vor.

Die IHK Lippe wird ihre Anregungen und Kritikpunkte in einer offiziellen Stellungnahme einbringen und diese an Bund und Land übermitteln. Sie erwartet, dass die zuständigen Planungsbehörden in den Regionen alles tun, um die Projekte mit Hochdruck zur Planfeststellung zu bringen. Hasse: „Der Bund hat die „PS“ bereitgestellt. Landesregierung und Planungsbehörden müssen sie nun auf die Straße bringen“.